

## „Rwanda is a clear case of hegemonic authoritarianism“ (Philip Reyntjens)

Mit 26.338 km<sup>2</sup> ist Rwanda flächenmässig einer der kleinen Staaten am Kontinent. Das Königreich Rwanda wurde zu Beginn der Kolonialzeit durch die katholische Mission und deutsche Kolonialverwaltung in seiner Expansion einerseits gefördert, andererseits endete mit der kolonialen Besetzung seine Souveränität.

Das gebirgige Land – zwischen 950 und 4.500 m Höhenlage – ist 2023 Heimat für 13,4 Mio. Menschen und in seiner Wirtschaft geprägt durch die extreme Binnenlage wie durch die Entwicklung zu einem politischen Subzentrum.

Die deutsche „Schutzherrschaft“ über das Königreich Ruanda blieb relativ oberflächlich; koloniale Verwaltung wie Missionen kooperierten mit der Elite –als „Tutsi“ charakterisiert – gegen die Mehrheit der Bevölkerung, „Hutu“ benannt. 1919 übernahm Belgien die beiden Königreiche im Zwischenseengebiet als Mandat des Völkerbundes. Für die Belgier war Ruanda-Urundi ein peripheres Gebiet des Kongo, aus dem sie Arbeitskräfte und Lebensmittel abzogen. Darüber hinaus blieb die Gesellschaft geprägt durch eine autozentrierte Entwicklung, wobei Hof, Adel, Mission und Kolonialverwaltung gemeinsam von der Arbeitskraft der bäuerlichen Bevölkerung profitierten.

Die belgische Verwaltung gestaltete die bestehenden wirtschaftlichen, politischen und juristischen Systeme neu. Statt der Lehnsherrn und Verwalter des Mwami setzte die Kolonialverwaltung Chefs und Subchefs ein, die dem belgischen Residenten und ihren Distriktchefs verantwortlich waren. Die traditionellen Dienstleistungen der Bauern an den Adel wurden reduziert oder beseitigt. Dafür schufen die Belgier ein System der Zwangsbewirtschaftung wie im Kongo und integrierten die Bauern ins koloniale Wirtschaftssystem.

1931 setzten die Belgier den regierende Mwami Musinga ab und inthronisierten einen seiner Söhne als Mutare IV. Die Elite der Tutsi erhielt bevorzugt Zugang zu höherer Bildung, bezog ihre Macht aus der Beschäftigung als Regierungsbeamte und wurde zum Kern einer neuen Bourgeoisie. Die militärische Macht lag in den Händen der Belgier. Rechtsprechung und staatliche Verwaltung dominierten Tutsi im Auftrag der Kolonialmacht. Die als Hutu klassifizierte Bevölkerungsmehrheit war von politischen Ämtern ausgeschlossen

Die wirtschaftliche Macht war traditionell an den Beitz von Rindern gebunden, doch bereits vor dem Ersten Weltkrieg kam es zur Einführung neuer Werte - Stoffe, Geräte, Schmuck, Geld - und einer Inflation der alten. Die Deutschen hatten den Kaffeeanbau ins Land gebracht, aber erst die Anbauverpflichtungen für die Bauern durch die belgischen Beamten brachten eine Steigerung der Produktion. Problematische für eine wirtschaftliche Modernisierung war die extreme Binnenlage und die fehlende Infrastruktur für den Handel. Zinn wurde nach Kaffee das zweitwichtigste Exportprodukt. Rwanda produzierte Nahrungsmittel für den Export nach dem Kongo, und tat dies selbst in Zeiten der Knappheit; Anfang der 1940er Jahre forderte eine Versorgungskrise an die 300.000 Opfer.

Nach 1945 wurde Rwanda-Urundi Treuhandgebiet der UNO. Unter dem Druck der Vereinten Nationen beteiligten die Belgier die einheimische Elite an Politik und Verwaltung und stärkten dabei die Dominanz der Tutsi. Der Gegensatz „Tutsi“ - „Hutu“ verschärfte sich; die Missionen förderten die Herstellung von Printmedien, die zum Sprachrohr einer Hutu-Counterelite wurden.

Die Unabhängigkeit kam als Ergebnis der von der UNO koordinierten Treuhandführung; Voraussetzung war eine Gleichstellung der Bevölkerungsgruppen, wodurch sich Kolonialverwaltung wie katholische Kirche gezwungen sahen die Hutu, mit 85% deutlich die Mehrheit der Bevölkerung, stärker einzubeziehen und zu fördern. Nur wenige Angehörige der Oberschicht arbeiteten politisch verantwortlich

auf eine Überwindung des Grabens zwischen Hutu und Tutsi hin. Beide Fraktionen gründeten Parteien und gegen Ende der 1950er Jahre kam es wiederholt zu gewaltsamen Auseinandersetzungen.

Im Oktober 1960 wurde ein *Conseil du Rwanda* als verfassunggebende Versammlung einberufen, in dem Parmehutu (*Parti du Mouvement de l'Emancipation Hutu*) 31 der 48 Sitze innehatte. Der Resident ernannte ihren Führer Gregoire Kayibanda zum Regierungschef.

Mwami Kigeri hatte im Sommer 1960 das Land verlassen und forderte, unterstützt durch die UNO, eine Wiederherstellung seiner Macht und eine verstärkte Kontrolle der Entkolonisierung durch internationale Organe. Die provisorische Regierung Rwandas erklärte daraufhin in einer Massenversammlung die Absetzung des Mwami und die Errichtung einer Republik. Wahlen im September brachten der Hutupartei erneut eine deutliche Mehrheit und bestätigten das Ende der Monarchie. Rwanda wurde am 1. Juli 1962 unabhängig und Kayibanda der Erste Präsident. Mehrfache Auseinandersetzungen und die Massenemigration von Tutsi prägten die 1960er Jahre. Die Regierung Kayibanda erwies sich als unfähig, einen Ausgleich zu schaffen und schliesslich stürzte die Armee 1973 die Zivilregierung.

Rwanda hatte aus der Zeit der belgischen Verwaltung eine Wirtschaft geerbt, die durch eine kaum entwickelte Infrastruktur, Agrarproduktion und Export von Arbeitskraft geprägt war. Besitz- und Einkommensverhältnisse waren durch extreme Ungleichheit geprägt. Das Land hatte – etwa in Form der Wasserkraft, der Erzvorkommen oder der Methangasreserven, sowie im Tourismus-entwicklungsfähige Reserven, war jedoch weitgehend von ausländischer Unterstützung abhängig; Rwanda wurde, ähnlich wie Tanzania, zu einem Tummelplatz von Entwicklungshilfeorganisationen. Es blieb ein Agrarstaat, dessen Produktion vor allem der Selbstversorgung diente; exportiert wurden vor allem Kaffee und Tee, aber in kleinerem Umfang auch Bergbauprodukte (Zinn).

Auf eine schwache Demokratie folgte eine Militärherrschaft, die die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Probleme verdeckte statt zu lösen; im Unterschied zum „Hutustaat“ Kayibandas galten Tutsi nicht mehr als eine „auswärtige Rasse“, sondern eine ethnische Gruppe Rwandas mit minoritärem Status, der in einem Quotenkalkül Realisierung fand. Die Macht lag in Händen von Militärs und Politikern aus dem Norden des Landes.

Wirtschaftlich erzielte das Militärregime eine Verbesserung. Dahinter stand ein Entwicklungsstaat, der mit autoritären Mitteln in traditionelle Wirtschaftsstrukturen eingriff, Umsiedlungen erzwang und die Bauern zu Zwangsarbeit verpflichtete, ganz nach dem kolonialen Modell. Gegen Ende der 1980er Jahre kamen jedoch die globale Krise und die Strukturanpassungsmassnahmen der Bretton-Wood –Organisationen. Die landwirtschaftliche Exportproduktion litt vor allem aufgrund des Verfalls der Kaffeepreise, aber auch die lokale Versorgung schädigten die fremd gesteuerten Massnahmen schwer.

1990 begann die Invasion der *Rwanda Patriotic Front* (RPF), in deren Folge sich der Konflikt zwischen den Fraktionen „Tutsi“ und „Hutu“ weiter verschärfte. 1993 gab es in Rwanda rund 950.000 *internally displaced people* und nahezu 1 Mio. Menschen im Süden waren von Hunger bedroht. Die von internationaler Seite geförderte Friedenskonferenz in Arusha brachte keine Lösung; die militärische Intervention der UNO und Frankreichs heizte den Konflikt weiter an statt zu beruhigen. Bestimmte Medien führten eine massive Hetzkampagne gegen die RPF und die Tutsi insgesamt. Der Abschuss eines Flugzeugs forderte im April 1994 das Leben des rwandischen und des burundischen Präsidenten. Unmittelbar danach *„setzten die ersten Gewaltakte bewaffneter ziviler Milizen und der rwandesischen Streitkräfte ein. Innerhalb weniger Stunden steht das Land in Flammen und Blut. Wie 1959, 1963, 1991, 1992*

und 1993 wird geplündert, werden Häuser angesteckt und wird vor allem gemordet“ beschreibt Jean Claude Willame in seinem Buch *Aux sources de l'Hécatombe rwandaise* (1995:9) den schlimmsten Völkermord seit der Shoa. Die internationale Gemeinschaft versagte angesichts der Tragödie in Zentralafrika vollständig. Frankreich und Mobutu auf der Seite der alten Regierung, Uganda, die USA und Südafrika mehr oder minder offen hinter der *Patriotischen Front*, Belgien, die UNO und die meisten Hilfsorganisationen kläglich dazwischen: jeder versuchte sein Möglichstes zu tun und vor allem das eigene Gesicht zu retten.

Die RPF eroberte Anfang Juli die Hauptstadt Kigali – die Regierung und die Verantwortlichen der Massaker flüchteten und mit ihnen die Hälfte der Bevölkerung. Die Macht im Land ging an eine Militärelite, die durch die zweite Generation von Rwandern aus dem Exil in Uganda geführt wurde. International vollzog die neue Regierung einen Wechsel vom frankophonen neokolonialen Block zur USA. Aus Rwanda wurde eine „autoritäre Demokratie“, die mit Unterstützung westlicher Geber eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung vollzog.

2000 liess sich Paul Kagame, Führer der RPF, durch ein selbst ernanntes Parlament zum Präsidenten wählen, 2003, 2010 und 2017 sicherte er sich mit jeweils über 90% der Stimmen die Wiederwahl. Rwanda wurde ein erfolgreicher autoritärer Entwicklungsstaat. Die offizielle Entwicklungshilfe (ODA) stieg zwischen 2000 und 2008 auf gut das Doppelte und betrug 2017 knapp 508 Mio. US-\$. Das Land beeindruckt seine Geber durch ein Wirtschaftswachstum zwischen 6 und 8%, das Bekenntnis zu Marktwirtschaft und moderner Technologie und nicht zuletzt auch durch Effizienz in der Umsetzung unpopulärer Massnahmen.

Philip Reyntjens (2015:24) nennt im *Journal of Democracy* Rwanda einen „klaren Falle von hegemonialem Autoritarismus“. Diese Hegemonie hätte die Patriotische Front durch die Eliminierung von Opposition und unabhängiger Zivilgesellschaft erreicht. Menschenrechtsverletzungen, Ermordung von Oppositionellen und vermeintlichen Gegnern würde die internationale Gemeinschaft ebenso tolerieren wie scheindemokratische Verfahren bei der Zusammenstellung politischer Institutionen. Die Instrumentalisierung des Genozids ist ein zentrales Instrument in der Beeinflussung der internationalen Meinung wie der Kontrolle der breiten Bevölkerung. Nicht zuletzt ist es aber die wirtschaftliche Entwicklung und die Kooperation mit den westlichen *global players*, die Kagame internationale Anerkennung einträgt, und seine Partner über die krassen Demokratiedefizite hinwegsehen lässt.

In den letzten Jahren wurde Rwanda zu einem Subzentrum, das in enger Zusammenarbeit mit westlichen Industriestaaten seine Armee in Krisengebiete (z.B. Nordmoçambique) schickt und zugleich die eigenen Interessen durch invasive Einsätze, wie etwa im Kongo, fördert. Amjan Sundaram, Verfasser von „*Bad News: Last journalists in a dictatorship*“ schrieb im April 2023 in der New York Times: *“Seine Kontrolle der Macht ist nahezu unerschütterlich. Seit er vor mehr als zwei Dekaden Präsident wurde, hat er verfassungsmässige Beschränkungen seiner Macht gesprengt, die freie Presse in die Knie gezwungen und Andersdenkende rigoros unterdrückt. Journalisten wurden ins Exil getrieben oder getötet, Oppositionelle eingesperrt oder umgebracht. Sein Land wurde zur Tyrannei. Und doch ist dieser Diktator kein Geächteter wie Russlans Vladimir Putin oder Syriens Bashar al-Assad, sondern einer der besten und vertrauenswürdigsten Freunde des Westens, Paul Kagame, Präsident von Rwanda.”*